

5. Parlamentarische Initiative von Hanspeter Heeb und Didi Feuerle vom 29. Juni 2022 "Bauen am See in dicht überbauten Gebieten" (20/PI 5/342)

Vorläufige Unterstützung

Präsidentin: Nachdem die Parlamentarische Initiative am 29. Juni 2022 eingegangen war, hat das Büro gemäss § 43 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung den Regierungsrat zur Stellungnahme zum Verfahren und zum Inhalt eingeladen. Darin hat der Regierungsrat nicht geltend gemacht, dass sich der Vorstoss auf einen Gegenstand bezieht, der schon als Ratsgeschäft anhängig ist oder dass der Gegenstand vom Regierungsrat als Vorlage vorbereitet und innerhalb des nächsten halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

Deshalb muss der Grosse Rat nun darüber entscheiden, ob er die Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen möchte. Das Wort haben zuerst die Initianten.

Heeb, GLP: Ich danke dem Regierungsrat für die aufschlussreiche Beantwortung. Wir haben festgestellt, dass wir offene Türen einrennen. Deshalb **ziehe** ich die Parlamentarische Initiative **zurück**. Ich entschuldige mich bei den Ratskolleginnen und Ratskollegen, dass ich dies nicht kommuniziert habe. Für mich war das selbstverständlich. Ich möchte aber noch zwei Punkte anmerken. In der Stellungnahme wird auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtes verwiesen. Diese ist sehr aufschlussreich und erfüllt eigentlich das Begehren aus grüner Sicht. Ich spreche auch namens meines Ratskollegen Didi Feuerle. Die bereits verbauten Uferabschnitte sollten besser genutzt werden. Dies sagt das Bundesgericht. Im Zentrum ist Entwicklung möglich. Dadurch soll der Druck auf die natürlichen und naturnahen Abschnitte verringert werden. Es ist ebenfalls im Sinne des Bundesgerichtes, dass es in Randzonen kein Näherbaurecht bei Gewässern gibt. Aus grüner und grünliberaler Sicht ist dies eine sehr sinnvolle Rechtsprechung. Weiter begrüssen wir, dass ein Leitfaden in Aussicht gestellt wird. Dies bringt Nutzen. Ratskollege Peter Schenk hat gesagt, dass er es gut finde und sich bereits jetzt bedanke, dass das Departement für Bau und Umwelt in den nächsten Monaten einen Leitfaden im vorliegenden Sachverhalt ausarbeiten werde. Er bitte inständig darum, in der Prämisse dem Ermöglichen anstelle der Verhinderung das Augenmerk zu schenken.

Präsidentin: Die Initianten erklären den Rückzug ihrer Parlamentarischen Initiative. Ich frage die Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner, ob sie an der Parlamentarischen Initiative festhalten wollen. Das ist nicht der Fall. Das Geschäft ist erledigt.